

<b>Zeitschrift:</b>	Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
<b>Herausgeber:</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
<b>Band:</b>	25 (1946)
<b>Heft:</b>	6
<b>Artikel:</b>	Deutschland im Frühjahr 1946 : eine Studie der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage
<b>Autor:</b>	Rings, Werner
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-335402">https://doi.org/10.5169/seals-335402</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Sozialistische Monatsschrift

# ROTE REVUE

---

25. Jahrgang

JUNI 1946

Heft 6

---

WERNER RINGS

## *Deutschland im Frühjahr 1946*

Eine Studie der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage

*Der Autor dieser Studie bereiste die drei westlichen Zonen Deutschlands während der Zeit vom 22. März bis zum 5. Mai 1946. Er besuchte insbesondere die Städte Köln, Bonn, Koblenz, Mainz, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Marburg a. d. Lahn, Offenbach, Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Baden-Baden, Freudenstadt, Tübingen, Reutlingen, Stuttgart, Freiburg i. Br., Konstanz und München sowie Dörfer im Rheinland, in Hessen, Württemberg, Baden und Bayern.*

### *I. Der totale Zerfall*

Mit Unbehagen, nur zögernd gebe ich dieser Studie den Titel «Deutschland im Frühjahr 1946». Widerspruchsvolle Vorstellungen und Reminiszenzen, vorschnelle Urteile und Affekte verbinden sich mit dem Wort «Deutschland». Dieses Wort hat seine alte Bedeutung verloren. Heute bezeichnet es nichts anderes mehr als ein abgeschlossenes Kapitel mitteleuropäischer Geschichte oder, für die Gegenwart, theoretisch ein in Zonen, Länder und Bezirke, praktisch aber in Städte und Dörfer zerfallendes Gebiet. Die Bewohner, die dem Pathos der «Totalität» so zugetan waren, erleiden heute die Verneinung dieses Mystisch-Totalen in der Totalität des Zerfalls: die Grenzpfähle der Dorfgemeinden, die Silhouetten der Ruinen an den Stadtgrenzen markieren auch die Grenzen des Sichtkreises und des Lebensbereiches. Was jenseits dieser Grenzen geschieht, das ist von einer andern Welt.

So kann von «Deutschland» wohl nur in negativem Sinne gesprochen werden. Deutschland ist ein Mosaik aus kleinen und kleinsten und dennoch uneinheitlichen Wohngemeinden, ein regelloses, buntes Mosaik mit schmut-

zigen Farbtönen, die selten zusammenklingen. Tausend Berichte aus diesem Lande mögen zutreffend sein für das an Ort und Stelle Beschriebene, und sie mögen sich tausendfach widersprechen: sie alle sind wirklichkeitstreu und verdienen es, beachtet zu werden, es sei denn, daß sie für Deutschland als ein Ganzes gelten wollen. Ich fand in einem Ort eine Sozialdemokratische Partei, die einen Faschisten zum städtischen Beirat wählte; ist darum die SPD eine faschistische Partei? In einem andern Ort fand ich eine dissidente Kommunistische Partei; ist darum die KPD von ihrem Zentralkomitee abgefallen? Ich fand in einem Ort einen tüchtigen Bürgermeister; sind darum alle deutschen Bürgermeister tüchtig? In Frankfurt fragte man mich, was in Köln vorgehe, wie die Menschen dort lebten und ob sie hungerten, und in München fragte man mich, wie es in Frankfurt bestellt sei. In Orten, die sogar die Gemeindegrenze gemein haben, fand ich nicht selten ganz verschiedene Zustände vor. Ein deutscher Verleger, ein gescheiter Mann, der seit fast einem Jahre das ganze Land bereist, sagte mir: «Je mehr ich herumkomme und die Verschiedenheiten beobachte, desto unklarer wird mir das Ganze; anfangs glaubte ich zu verstehen, was in Deutschland vorgeht; heute verstehe ich gar nichts mehr.»

Allerdings, mit den einzelnen winzigen Einheiten, die sich zum deutschen Mosaik zusammenfügen, soll man sich nicht allzu lange beschäftigen, man suche bald wieder Abstand. Und man bemerkt sodann, warum auch im Abstand optische Täuschungen häufig sind. Wohl ergeben die tausend Farbtöne des Mosaiks einen schwer bestimmbaren Grundton, aber dieser wird weniger von den Komponenten als vom Licht bestimmt, das man selbst wählt, um das Objekt zu beleuchten und sichtbar zu machen. Also müssen die Komponenten, die lebendigen Einheiten, doch aus der Nähe betrachtet werden.

Für die *vorherrschenden* Komponenten können gewiß typische Beispiele gefunden und studiert werden. Die Frage nach der Methode ist vorerst also eine Frage der Auslese. Was aber kann – hat man die Auslese getroffen – auf Verschiedenheit und Übereinstimmung hin untersucht werden? Ist der totale Zerfall des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und geistigen Lebens anders zu beschreiben als in zahlreichen Monographien, die der Autor nach Belieben aneinanderreih?

Diese Feststellungen und Fragen erfordern drei klärende Vorbemerkungen. *Erstens*: Wo Zerfall ist, da ist alles in Fluß; monographische Beschreibungen sollten also nicht als Zustandsbeschreibung hingenommen, sondern als Mittel verwendet und verstanden werden, die Art, Richtung und Intensität des vorläufig als «Zerfall» gekennzeichneten *Prozesses* zu verdeutlichen. Es sollten die einzelnen Fälle nicht auf Unterschiede und Übereinstimmungen

hin, vielmehr nach deutlichen Anzeichen von Veränderungen und Tendenzen untersucht werden. *Zweitens*: Wo Zerfall ist, da werden auch Kräfte frei, die dem Zerfall entgegenwirken oder Neues erschaffen wollen; obgleich, wie gesagt, von «Deutschland» heute nur in negativem Sinne gesprochen werden kann (dies liegt nicht an der Art des Betrachters, die Wirklichkeit zu sehen, vielmehr an der Art der Wirklichkeit selbst), wird damit kein Werturteil ausgesprochen, nur festgestellt, was geschieht. Aber so komplex ist dieses Geschehen rapiden Zerfalls und zaghafte, wenig deutlichen Neuentstehens, daß diese Studie nur als Versuch einer ersten Klärung gelten möchte. *Drittens*: Wo Zerfall ist, da hat er tiefere Ursachen als die von außen kommende Gewalt der Zerstörung oder die im Innern gebrochene Gewalt der Tyrannei. Es muß nach diesen tieferen Ursachen gefragt werden.

## *II. Die ökonomischen Ursachen des Zerfalls*

Ein erheblicher Teil der Produktionsanlagen der deutschen Großindustrie wurde während des Krieges zerstört, ein anderer Teil wird jetzt demontiert, abgeschleppt und auf dem Reparationskonto abgebucht, der Rest verrostet oder wird repariert und wieder in Betrieb genommen. Die Schwerindustrie ging mit reichen *Rohstofflagern* in die Niederlage, aber ein großer Teil dieser Rohstoffe wurde beschlagnahmt und abtransportiert; die Rohstoffbesitzer wurden praktisch dieser Reserven enteignet, obwarz es bisher nicht klar geworden ist, zu wessen Gunsten sie enteignet wurden; was an Rohstoffen bleibt, verbraucht sich bald für Reparaturen und für die Deckung des dringendsten Inlandbedarfs. Der Wert der *finanziellen Restsubstanz* der Großindustrie ist unbekannt. Seitdem in deutschen Industriekreisen mit der militärischen Niederlage des Dritten Reiches gerechnet wurde, boten sich keine Möglichkeiten für eine Kapitalflucht mehr: die Rohstofflager konnten jederzeit vom Reich beschlagnahmt werden, eine Flucht in Sachwerte schien folglich riskant; die scharfe Devisen- und Börsenkontrolle verhinderte eine Kapitalflucht in Devisen und Wertpapiere; die Großunternehmen sahen sich gezwungen, ihre Kapitalien in Staatspapieren anzulegen. Die finanzielle Substanz der Großindustrie besteht daher heute in der Hauptsache aus *Forderungen an das Reich*, deren Wert sehr fraglich ist. Der Direktor einer bedeutenden Industriefirma sagte mir: «Wir sind praktisch bankrott; allerdings gönnt man uns eine Galgenfrist, denn unser Bankrott wird so lange kein offen deklarierter sein, als unsere Forderungen ans Reich nicht endgültig entwertet oder gar gestrichen worden sind.»

Ich glaube nicht, daß dieser Direktor übertrieben hat. Mir wurde der Fall eines andern Großunternehmens bekannt, das vom interalliierten Kontrollrat in Berlin gezwungen wird, finanzielle Garantien, die das Reich dem Ausland gegenüber für diese Firma übernommen hatte, als eigene Auslandsschulden anzuerkennen und zu begleichen (während die Forderungen der Firma an das Reich, wie gesagt, in ihrem Wert zweifelhaft bleiben). So wird sich, unabhängig von einer noch unbekannten Regelung der deutschen Währungsfrage bei einer Aufrechnung der Devisenschulden ans Ausland und der im Ausland blockierten Devisenguthaben, jedenfalls ein erhebliches *Defizit* ergeben, für dessen Deckung aus produktiver Arbeit auf lange Sicht wenig Chancen bestehen.

Denn der auf Grund von «Friedensziffern» ausgearbeitete alliierte *Produktionsplan* für Deutschland ist von Fachleuten mit größter Skepsis aufgenommen worden. Es fragt sich nämlich, ob die sogenannten «Friedensziffern» eine einwandfreie Berechnungsgrundlage darbieten. So ist zum Beispiel bei schematischer Übernahme der Friedens-Produktionsziffern die in allen Ländern seit 1928 oder 1933 oder selbst seit 1938 ungleich fortgeschrittenen Rationalisierung der Produktionsmethoden nicht berücksichtigt, so daß in der Tat nur ungenau zu berechnen sein wird, ob zum Beispiel eine auf 60 Prozent des «Friedensvolumens» reduzierte deutsche Stahlproduktion für die Bezahlung des lebensnotwendigen Imports ausreichen wird oder nicht. Es stellt sich aber auch die Frage, wer an einer so reduzierten Produktion interessiert sein wird.

Die deutschen *Kartelle* sind, wie mir von mehreren deutschen Industriellen versichert wurde, tatsächlich zerschlagen. Die auf sich selbst gestellten Unternehmen der Großindustrie (soweit sie nicht beschlagnahmt wurden) klagen über einen akuten Mangel an kompetenten *Wirtschaftsführern*. Von zwölf Aufsichtsratsmitgliedern wurden in der Regel zehn «entnazifiziert». Die verbleibenden zwei Fachleute wagen sich nicht hervor, solange auch sie sich in ihrer Existenz bedroht wähnen. Und wären sie auch sehr mutig und unternehmungslustig, so würden ihre Kräfte nicht ausreichen, um die Fülle der Probleme zu meistern.

Da sind nicht nur die ungeheuren Anforderungen, die die Schwierigkeiten des *Interzonenverkehrs* an die ramponierte Verwaltungsapparatur der Privatindustrie stellen, da sind auch, im Innern der Zonen, die Schwierigkeiten des Handelsverkehrs zwischen den deutschen *Ländern* oder Regionen, in denen voneinander abweichende Vorschriften und Verordnungen gelten. Da sind auch die Schwierigkeiten der *Material- und Werkzeugbeschaffung*, der *Verrechnung* und des *Transportes* und nicht zuletzt der akute *Arbeitermangel*,

der vorläufig nur schwer zu beheben sein wird, solange die Arbeiter wegen der Ernährungs- und allgemeinen Marktlage arbeitsunlustig sind. In der amerikanischen Zone weichen sie zudem gern den deutschen Arbeitsstellen aus und ziehen die Arbeit für die Betriebe der Besatzungsbehörden vor, weil diese die Arbeit nicht nur in Mark bezahlen, für die es wenig zu kaufen gibt, sondern im allgemeinen auch in Naturalien wie Lebensmittel und Arbeitskleidung. So ist es nicht verwunderlich, daß der *Beschäftigungsgrad* in der deutschen Industrie heute selten 30 Prozent des «normalen» Niveaus übersteigt: in einem Frankfurter Großbetrieb (Maschinenbau und Armaturen) beträgt der heutige Beschäftigungsgrad 22,5 Prozent, in den Industriegebieten von Friedrichshafen und Singen liegt er zwischen 12 und im günstigsten Fall etwa 35 Prozent, in der privilegierten Reutlinger Industrie liegt er zwischen 30 und 40 Prozent.

Unentwegte Optimisten werden sagen, daß manche dieser Schwierigkeiten mit der Zeit überwunden werden. Sie sollten jedoch bedenken, daß drei weitere Faktoren die industriellen Wiederaufbauchancen stark verringern. Die neue *Steuerordnung*, die alle Einkommen, welche über RM. 20 000.— liegen, zu 95 Prozent fortsteuert (so daß es praktisch gleichgültig ist, ob man RM. 20 000.— oder 50 000.— verdient), beseitigt jede Spekulation auf außergewöhnliche Profitchancen, sie knebelt den Unternehmungsgeist des Industriellen. Wozu aufbauen, wenn es sich nicht «lohnt»?

Allerdings, diese Frage ist überzeugend! Wozu aufbauen, auch wenn es der deutschen Großindustrie gestattet wird, eine (sagen wir) auf 60 Prozent ihres Vorkriegsvolumens reduzierte Produktion fortzuführen? Gerade die leistungsfähigsten Betriebe der deutschen Großindustrie sind arbeitstechnisch so stark *durchrationalisiert*, daß sie bei (sagen wir) 90prozentiger Ausnutzung ihrer Produktionskapazität gerade noch Profite abwerfen, jedoch zwangsläufig *defizitär* werden, wenn der Produktionsbetrieb bis auf 60 Prozent seiner Kapazität abgedrosselt wird.

So kommt es, daß die deutschen Unternehmer das Interesse an ihren Unternehmen verlieren, daß auch die Industrie- und Finanzkreise der westlichen Großmächte kein Interesse zeigen, durch Kreditgewährung oder Kapitalinvestitionen ein vermutlich verlustreiches deutsches Wiederaufbaugeschäft zu beleben. Und so kommt es schließlich, daß heute einige beschlagnahmte Werke der IG-Farben unter treuhänderischer Leitung produzieren, ohne daß man weiß, *auf wessen Rechnung* sie arbeiten. Niemand will sie.

Finanzieller Bankrott, Personal- und Materialmangel, Beseitigung des Profitanreizes, Aussicht auf grundsätzlich defizitäre Industriewirtschaft, Desinteresse der westlichen Wirtschaft an der Übernahme und Bewirt-

schaftung der deutschen Konkursmasse: das sind die Argumente deutscher Industrieller, die mir erklärten, daß die tatsächliche Wirtschaftslage keinen Anlaß zu optimistischer Einschätzung der Zukunftschancen liefere. *Ist das System der industriellen Privatwirtschaft in den westlichen Zonen Deutschlands zusammengebrochen?* Sicher ist, daß gegenwärtig weder innerhalb noch außerhalb Deutschlands *Interessen* zu finden sind, die stark genug wären, das die Katastrophe überdauernde Gerippe des traditionellen Wirtschaftssystems zu stützen, zu reparieren und zu stabilisieren, um es davor zu bewahren, daß es endgültig in sich zusammenfällt.

Die Tatsache, daß der deutschen Industriewirtschaft die Interessen entzogen werden, die sie trugen und für die sie funktionierte, ist weitaus bedeutungsvoller, als es alle materiellen Schwierigkeiten sind, die früher oder später überwunden werden könnten. Es kann nun nicht allein der Krieg für die Wirtschaftslage von heute und morgen verantwortlich sein. Unter der Oberfläche, an der alles, was Bomben und Granaten zerstörten, reparabel ist, zerfallen die ökonomischen Fundamente der überlebenden Gesellschaft in einem noch wenig beachteten *Prozeß struktureller Zersetzung*.

Dieser Prozeß bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Wirtschaft und Finanzen der Städte. Der Oberbürgermeister einer deutschen Industriestadt sagte mir: «Die hohen Forderungen der Fabriken für Lieferungen an das Reich werden nicht mehr eingelöst, so daß die Industrie heute ohne Mittel dasteht und dem Finanzamt keine Steuern bezahlen kann und um Stundung ersuchen muß. Die Steuereingänge, über die ich vorerst verfüge, sind so gering, daß ich nicht weiß, was damit zuerst beglichen werden soll.» Wie sollen also die Kriegsschäden behoben werden, die sich allein in dieser Stadt mit 66 000 Einwohnern (inkl. der Eingemeindungen) nach drei Bombardements auf rund 125 Millionen Reichsmark belaufen? Wie kann das zerstörte Transportwesen wieder aufgebaut werden, der Wagenpark dieser Industriestadt, der bisher nur zu 15 Prozent für lebenswichtige Transporte für die Fabriken eingesetzt werden konnte? Wer sorgt für die 7177 Witwen, für die 2253 ganz oder teilweise arbeitsunfähigen männlichen Krüppel, für die 7000 verlassenen Frauen der Kriegsgefangenen, für die 2850 ausgebombten Familien? «Wie soll das weitergehen?» fragte ich zwei Industrielle in dieser Stadt. Sie zuckten die Achseln und sagten: «Seit vorgestern werden wieder Maschinen abtransportiert. Einige der leistungsfähigsten unserer Fabriken haben schon bis zu 50 Prozent ihres modernsten Maschinenparks verloren.» Und ich fragte den Oberbürgermeister nach seiner Meinung. Er sagte: «Nach der letzten Volkszählung vom 26. Januar 1946 gibt es im ganzen Landkreis 102 819 Männer, Frauen, Kinder, Greise und Invalide, und bis heute

gingen allein durch den Abtransport von Produktionsanlagen und Maschinen insgesamt *12 000 Arbeitsplätze unwiderruflich verloren.*»

Und so werden auch hier die Industriebetriebe, die ihrer leistungsfähigsten Maschinen beraubt werden, allmählich defizitär, und die Unternehmer lassen allmählich in ihrem Widerstand gegen die Sozialisierungsbestrebungen nach, sie gewöhnen sich an den Gedanken, daß sie vielleicht bald – gegen eine angemessene Entschädigung – bereit sein könnten, einer *Sozialisierung des Defizits* zuzustimmen. Die Arbeiter aber, die mit dem Abtransport der Maschinen und dem Schwinden ihrer Arbeitsplätze ihre Existenzgrundlagen bedroht sehen, sie werden in eine anti-westliche, nationalistische Stimmung versetzt, und für diese Stimmung gibt es schon Menschen, die bereit sind, sie politisch auszubeuten. Das geschieht hier und dort, in verschiedenen Orten, zu verschiedenen Zeiten und in immer anderem Tempo, offen oder versteckt, deutlich sichtbar oder undeutlich, und zwischen diesen Orten bewegt sich lautlos der Strom der entwurzelten Flüchtlinge und der nahezu 200 000 vagabundierenden Jugendlichen, Kandidaten oder schon Vertreter eines unaufhaltsam wachsenden Berufsverbrechertums. Und so entsteht in den westlichen Zonen Deutschlands, je weiter der Zerfall fortschreitet, ein *ökonomisches Niemandsland*, in das die ersten optimistischen Nachrichten über einen angeblichen wirtschaftlichen Wiederaufbau im russisch besetzten Sachsen und Thüringen von Osten her eindringen und einen *Stimmungswechsel zugunsten der Russen* vorbereiten.

### *III. Die soziale Umschichtung*

Man sagt in Deutschland mit einer für die deutsche Sprache ungewöhnlichen Präzision: Unsere Städte sind «entkernt». Tatsächlich sind fast alle bedeutenden Städte in ihren baulichen, administrativen, technischen und ökonomischen Zentren vernichtet. Diese Städte sind wie Maschinen, deren Räder und Kolben leer laufen, weil sich die einzelnen Teile verselbständigt haben, weil die Transmissionen zerrissen sind und die Zahnräder nicht mehr ineinander greifen. Denn die Betriebszentrale ist nicht mehr da.

Die meisten Menschen, die diese Städte nicht verließen oder in sie zurückkehrten, verleben ihre ökonomisch sinnlos, weil unproduktiv gewordenen Existzenzen, indem sie tauschen und wenden und flicken, was sie noch besitzen, oder verzehren, was sie nicht ersetzen können.

Im Durchschnitt wohnen gegenwärtig nur 60 Prozent der städtischen Friedensbevölkerung wieder in Städten. Das heißt, die Hälfte der deutschen

Gesamtbevölkerung lebt auf dem Lande (nicht nur 30 Prozent, wie es vor dem Kriege war). Nimmt man den Grad der städtischen Bevölkerungskonzentration als Indiz für das von der industriellen Entwicklung erreichte Niveau (dies ist für die Geschichte der deutschen Industrie erlaubt), so kann man sagen, daß «Deutschland» um ein halbes Jahrhundert seiner Geschichte zurückgeworfen worden ist.

Diese Feststellung ist richtig und falsch zugleich. Sie ist richtig insofern, als das heutige Verhältnis von Stadt- und Landbevölkerung ungefähr dem um die Jahrhundertwende gültigen Verhältnis entspricht; falsch insofern, als es nicht *mehr* deutsche Bauern gibt, weil mehr Menschen auf dem Lande leben. Die neuen Landbewohner wider Willen sind ausgebombte, durch Kriegsschäden exproprierte, sozial und ökonomisch *deklassierte Bürger*. In den Statistiken des Frankfurter Soziographischen Instituts treten diese deklassierten Bürger beispielsweise in den 17 bis 18 Prozent der als «*ortsfremd*» bezeichneten Bevölkerung der Provinz Starkenburg in Erscheinung.

Ob sie nun auf dem Lande leben oder in Städten, diese Bürger verwahren in ihrer Brieftasche ein Stück Papier, auf dem geschrieben steht, das Reich werde ihnen alle durch den Krieg verursachten Verluste voll und ganzersetzen. Und so leben diese Menschen nicht allein von den getauschten, gewendeten, geflickten Dingen, die sie retteten, sondern auch von der *Illusion eines Besitzes*, den es zwar nicht mehr gibt, den sie aber zu haben glauben. *Mindestens 10 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung ist unwiderruflich proletarisiert worden, aber die tatsächliche Deklassierung wird nicht bewußt*, und sie wird daher auch politisch nicht wirksam. *Während die Industrie zusammenschrumpft, während die industriellen Arbeitsplätze schwinden, wächst die Armee der Proletarier, der Besitzlosen*. Aber die neuen Proletarier, die besitzlosen deklassierten Bürger, sie wissen es größtenteils noch nicht, daß sie längst zu dieser Armee gehören.

Zu den aufwühlenden Erlebnissen einer Deutschlandreise zählt dieses *massenhafte Auseinanderfallen von Bewußtsein und Wirklichkeit*. Im Zentrum Europas gibt es Millionen Menschen, die aus diesem Grunde auch die Niederlage Deutschlands nicht realisieren, die aus einer Illusion in die andere fliehen. Und dieses illusionsbereite, proletarisierte Bürgertum ist, wie die neueste Geschichte lehrt, zu allem fähig.

Und nun wird diese Masse der proletarisierten Bürger noch vergrößert durch die Masse der «*Entnazifizierten*», die sich in den nächsten zehn Jahren von einfacher Handarbeit ernähren sollen. Und diese schon gewaltige Masse der ökonomisch und sozial Abgleitenden wird noch einmal vergrößert werden von den heute Dreißigjährigen oder Jüngeren, die ihre fragwürdige All-

gemeinbildung von nationalsozialistischen Lehrern empfingen und die nur in seltenen Fällen für die Friedenswirtschaft beruflich brauchbar sind.

Indessen verlassen die Handwerker die Ruinenstädte, weil sie auf dem Lande für ihre Arbeit Speck und Butter bekommen, und in den Dörfern werden jetzt Stühle und Schränke und Dächer repariert, die seit Jahren auf den Handwerker warteten, während in den zerschossenen Städten die Handwerker fehlen. Greifen hier die sozial Entwurzelten zu? Mehr als 2000 arbeitslose Jugendliche gibt es allein in Frankfurt, und 800 offene handwerkliche Lehrstellen finden gleichzeitig keine Lehrlinge. Wer die Schlachten im Osten und Westen überlebte, der glaubt, er kann warten, ohne unterzugehen.

#### *IV. Der Bedeutungs- und Funktionswandel der politischen Parteien*

Hitlers Partei hat die Parteien diskreditiert. Niederlage und «Entnazifizierung» vollenden dieses Werk. Eine der stehenden Redensarten lautet: «Man hat es ja gesehen, wohin man kommt, wenn man einmal einer Partei angehört hat.» Das Mißtrauen der Düpierten wird von Parteiparolen nicht fortgeschwemmt, die zwölf Jahre lang karikiert und verlacht worden sind.

Doch das Mißtrauen hält niemanden davon ab, gehorsam zu sein. Wähle diese Partei, wähle jene, fordern die Wahlplakate, aber die entscheidende Parole lautet, daß ein Faschist ist, wer nicht wählt. Folglich wählen die meisten. Sie wählen, weil es von ihnen erwartet wird, daß sie wählen und daß sie keine Faschisten mehr sind. Aber die Abgabe des Stimmzettels ist nicht die Abgabe eines Vertrauensvotums. Sie ist ein Akt des zivilen Gehorsams.

Die Wahlbeteiligung spiegelt ein politisches Interesse und eine politische Gruppierung der Massen nur vor. Die unverhältnismäßig kleinen Zahlen der aktiven Parteimitglieder dementieren dieses Trugbild. Die tatsächliche Stärke der Parteien läßt sich also nur schwer ermitteln. Entweder täuschen die Wahlergebnisse oder die Mitgliederzahlen. Oder die Bedeutung und die Funktion der Parteien haben sich gewandelt.

Man kommt der Wahrheit näher, wenn man fragt, welches die Motive sein könnten, die den Einzelnen dazu bewegen, sich dieser oder jener Partei anzuschließen oder ihr auch nur die Wahlstimme zu geben. Die Parteiprogramme? Sie ähneln sich in der Mehrzahl ihrer Forderungen und Belehrungen. Im übrigen sind der Aktivität aller Parteien so enge Grenzen gezogen, daß keine Partei mehr versprechen kann, als es ihr erlaubt ist, zu

tun und zu lassen. So ist schon der Akt einer Parteigründung ein recht zweifelhafter Akt, er ist im allgemeinen die Erfüllung nicht vorhandener Massenwünsche. «Ich mußte den Deutschen den Befehl geben, endlich Parteien zu gründen», sagte mir ein Gouverneur der Besatzungstruppen, «sonst hätten wir heute noch keine Parteien.» In Bayern setzten noch am 12. April drei Parteien eine Annonce in die Zeitung: «Zur Gründung von Bezirks- und Ortsgruppen Mitglieder sowie tätige Mitarbeiter gesucht.» Gibt es nun trotz diesem künstlichen, gemachten «demokratischen Betrieb» konkrete Interessen, die Massen und Parteien zueinanderzuführen?

Ich glaube, daß sich heute die Gruppierung aller Deutschen in nur zwei Lager deutlich feststellen läßt, und diese Lager, in die nicht die Menschen ihre Interessen, sondern die Interessen die Menschen mitbringen, sind weder mit je einer der Parteien noch mit «links» oder «rechts» identisch. Die eine Sorte Menschen hat noch Besitz oder glaubt ihn zu haben, die andere Sorte Menschen hat alles verloren und weiß es, daß sie nichts mehr zu verlieren hat. Zu den bewußten Besitzlosen zählen heute auch ehemalige «Konservative», nämlich die «Entnazifizierten», und die aus dem Kriege heimkehrende Jugend, die nichts besitzt als den Wunsch, aus dem Zustand der Niederlage herauszukommen, und die stark und verwegen ist, weil sie weiß, daß sie nichts zu verlieren hat.

Wohin strebt zum Beispiel diese Jugend? Wer an bündischen oder militärischen Ehrbegriffen festhält, die Offiziere, die «Entnazifizierten», denen alle «standesgemäßen» Berufe verschlossen sind, die Söhne aus noch oder einstmals besitzenden Familien, sie streben zu aktivistischen Gruppen, die sich in der Illegalität auf der äußersten Rechten bilden, noch wenig organisiert, aber verführerisch angezogen von den für den «Politischen Werwolf» Fanatisierten. Die Arbeiterjugend oder jene, die aus Gründen charakterlicher Sauberkeit oder politisch gefährlicher Freundschaften in störrisch-passiver Opposition zum Hitlerreich standen, die in den Konzentrationslagern die Solidarität der Gefolterten oder in der Freiheit die Gemeinschaft der Verfolgten erlebten, sie streben den Aktivisten auf der äußersten Linken, den Kommunisten zu, denn sie wissen, daß diese jungen Kommunisten bereit sind, zu kämpfen. Und so finden wir die eine Sorte Menschen nicht *entweder* auf der Linken *oder* auf der Rechten, sondern an beiden «Extremen». Und um die «Mitte» schart sich die andere Sorte Menschen, die Besitzenden oder die von der Illusion des Besitzes Besessenen, aber auch die Ängstlichen und die Zahmen, die, nachdem sie ihr Leben retteten, nichts mehr riskieren möchten, oder die Ahnungslosen, die ohne Uhr und Geschichte sind, für die sich ihr heutiges Elend vom gestrigen nicht unterscheidet und die dazu

bestimmt sind, tatenlos zu erleiden, was wie ein Regen oder ein Gewitter über sie hereinbricht.

Und so finden wir in der «*Mitte*» zwei große *Massenparteien*, die die Mehrzahl der Wahlstimmen erhalten, die aber in ihrer Führung schwach und überaltert sind. Und an den «*Extremen*» verstecken sich rechts aktivistische Gruppen in der Illegalität, links entwickelt sich die *Kaderpartei* der Kommunisten, die jung und schlagkräftig ist. Kraft und Einfluß der «*Extremisten*» bleiben jenem Betrachter verborgen, der sich an die Wahlergebnisse hält und mit ihnen rechnet, als hätte es keinen Krieg und keine Niederlage und keinen Bedeutungs- und Funktionswandel der politischen Parteien gegeben.

## *V. Die Massenparteien der Mitte (SPD und CDU)*

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Christlich-demokratische Union (CDU) – in Bayern nennt sie sich Christlichsoziale Union (CSU) – sind in der «*Mitte*» so nahe aneinandergerückt, daß es in einzelnen Fällen oft schwerfällt, ihre Positionen zu bestimmen: manchmal scheinen sie ihre Positionen zu vertauschen. Beide erhalten Wahlstimmen von Arbeitern, Bauern, Kleinbürgern und Bürgern, beide sind heute *Parteien der «Mitte»*.

Die Führung der SPD legt heute keinen Wert darauf, daß ihre Partei als eine reine «Arbeiterpartei» gelte. Sie spricht nicht nur die «Arbeiter», sondern alle «Schaffenden» an. Sie verneint den «Marxismus», den «historischen Materialismus», den «Klassenkampf».

«Heute scheint festzustehen», schreibt der sozialdemokratische Redakteur des «*Südkuriers*», Dr. Robert Winzer, am 12. April 1946, «daß das Dogma des historischen Materialismus nicht voll aufrechterhalten bleibt und auch die Forderung des Klassenkampfes verlassen wird. Die Sozialdemokratie entwickelt sich aus einer Partei der Arbeiter, vorzugsweise der Industriearbeiter, zu einer Organisation der Arbeitenden, der Werktätigen im weitesten Sinne des Wortes, das heißt aller derer, die durch die Arbeit ihrer Hand oder ihres Geistes ihr tägliches Brot verdienen. Hierzu gehören besonders auch die Bauern.»

Ähnliche Äußerungen lassen sich von Parteiführern verschiedener deutscher Länder zitieren. Im Parteiprogramm der SPD des französisch besetzten Württemberg wird die Absage an den «Marxismus» ganz offen ausgesprochen. Der Parteipräsident der SPD Deutschlands, Dr. Schuhmacher, drückte sich

in seiner Eröffnungsansprache am Parteitag von Hannover-Herrenhausen am 8. Mai 1946 vorsichtiger aus, als er feststellte, «daß nicht die Theorie am neuen Anfang stehen dürfe», und daß die Sozialdemokratie keine Veranlassung habe, «den Marxismus in Bausch und Bogen zu verdammten»; denn erstens wüßten die Kritiker nicht, was Marxismus sei, und zweitens hätten «Eintagsdogmen» nichts mit dem zu tun, was die deutsche Sozialdemokratie wolle («Badener Tagblatt» vom 15. Mai 1946, Nr. 39).

Mit diesen Äußerungen wird auf jene kleinbürgerlichen Massen Rücksicht genommen, die der SPD ihre Stimmen geben, weil diese Partei als «Regierungspartei» gilt und sich neben der CDU in die «goldene Mitte» setzt.

Folgende Beispiele sollen es verdeutlichen, wie sich die Grenzen zwischen den beiden Parteien der Mitte zuweilen verwischen.

In Stuttgart wurde mir gesagt: «Die hiesige Jugendgruppe der CDU steht weiter links als die SPD. Sie veranstaltete kürzlich einige Diskussionsabende, und hier standen Jugendliche der CDU auf und erklärten, daß nach ihrer Ansicht der historische Materialismus als Methode geschichtlicher Betrachtung und wissenschaftlicher Untersuchung akzeptiert werden müsse.» Auch in Frankfurt am Main hat sich ein linker Flügel der CDU konstituiert (Thomisten), und auch hier wäre man geneigt, diese Gruppe politisch «links von der SPD» zu klassifizieren. In Köln traten SPD und eine Zentrumsgruppe, die sich aus der CDU herauslöste, nach einer Klärung der «Religionsfrage» in ernsthafte *Fusionsverhandlungen* ein. In Friedberg (Hessen) wurde Dr. Leuchtgens, Parteiführer der äußersten Rechtspartei NDP (Nationaldemokratische Partei), mit den Stimmen dieser Rechtspartei und denen der SPD gegen die Stimmen der CDU am 14. März 1946 zum ersten Beigeordneten gewählt. Dr. Leuchtgens stand bei den hessischen Landtagswahlen vom 21. Juni 1932 in Listenverbindung mit der NSDAP. Auch hier befindet sich die SPD «rechts von der CDU».

Nun dürfen zwar diese Beispiele nicht verallgemeinert werden, da sich auch innerhalb der SPD hie und da «Linksgruppen» formieren, die ganz gewiß «links von der CDU» bleiben. Aber diese Beispiele verdienen es, beachtet zu werden als *Symptome für das richtungslose Hin und Her*, das *Fluten* jener amorphen Massen, die für die «zentristischen» Parteien der SPD und der CDU stimmen und sich für nichts anderes als für die «Mitte» entscheiden. Und von diesen Massen wird die SPD an die «Mitte» gefesselt, ihres alten ideologischen Rüstzeugs entledigt, sie wird ihrer letzten revolutionären Kraft beraubt und in eine vorwiegend kleinbürgerliche Massenpartei verwandelt.

Wohl wird sie so zur «zweitstärksten Partei Deutschlands», wenn man

die Wahlergebnisse als Zeichen ihrer «Stärke» gelten lassen will, aber zugleich verliert sie auch das, was einst ihre «Stärke» war, und sie erleidet erst recht die Folgen jener inneren Schwäche, an der sie schon vor 1933 krankte. Auch damals war die SPD eine Massenpartei, die ihre Kader vernachlässigte. Es genügte, diese Kader zu beseitigen, wollte man über die Massen verfügen. Während die KPD, die auch vor 1933 eine Kaderpartei war, jeden verhafteten oder ermordeten Parteifunktionär aus dem Reservoir der geschulten Funktionärkader leicht und schnell ersetzen konnte (so daß sie auch heute wieder über tatkräftige Funktionäre verfügt, die neue Kader heranbilden), war es der SPD unmöglich, die Verluste an Funktionären dadurch wettzumachen, daß junge geschulte Kräfte nachrückten. Und so ist die SPD heute eine mehr oder weniger *führerlose* Massenpartei. Was an Führern bleibt, gehört einer Generation an, zu der die heutige Jugend nur wenig Vertrauen hat. Das Durchschnittsalter der SPD-Funktionäre dreier deutscher Länder, Funktionäre, die sich im April 1946 auf einem Parteikongreß der SPD in der französischen Zone zusammenfanden, lag über 50 Jahren. Der jüngste dieser SPD-Funktionäre, der die Parteijugend vertrat und im Namen der Jugend zu sprechen hatte, war 39 Jahre alt.

Besonders ungünstig wirkt sich auch der *Personalmangel* aus, unter dem die SPD zu leiden hat. Als zum Beispiel die zwei SPD-Vertreter im Redaktionsausschuß der einzigen lizenzierten Frankfurter Zeitung, «Frankfurter Rundschau», ausschieden und die Parteileitung der SPD aufgefordert wurde, diese beiden SPD-Vertreter durch zwei andere ihrer Parteigenossen zu ersetzen, blieben diese Redakteurposten drei Monate lang vakant, weil es der SPD nicht möglich war, beruflich qualifizierte Ersatzmänner zu finden. Nach drei Monaten entschloß man sich, einen sozialdemokratischen Emigranten aus Basel nach Frankfurt kommen zu lassen, damit wenigstens einer der für die SPD reservierten Redaktionsposten besetzt werde. Es ist aber auch vorgekommen, daß ein Mann, der zunächst vergeblich versuchte, die Stresemann-Partei wiederzubeleben und dann von der CDU abgewiesen wurde, weil er in der Justizverwaltung des Dritten Reiches einen hohen Posten bekleidete, und zwar bei den deutschen Besatzungsbehörden in Nordfrankreich, — daß dieser Mann in die SPD eintrat und wenige Wochen später schon als Parteichef an die Öffentlichkeit trat. Wohl mag dieser Mann der SPD Tausende von Wahlstimmen zuführen, da er wegen literarischer, sprachlicher, gesellschaftlicher und vielleicht auch anderer Qualitäten, die der deutschen Bevölkerung unbekannt sind, das Vertrauen und die Sympathien der französischen Militärbehörden genießt, jedoch dürften es nicht diese Qualitäten, sondern die ungesättigten Personalanforderungen der SPD sein,

die ihm diesen erstaunlichen Aufstieg in die Führung einer «Arbeiterpartei» erleichterten.

Es dürfen diese Tatsachen einer Studie nicht entgehen, die den größten Wert auf möglichst objektive Erfassung des Tatsächlichen legt. Es kann auch anders nicht begreiflich gemacht werden, warum zum Beispiel die *kleinbürgerliche Intelligenz*, die sich zur SPD hingezogen fühlt, trotz ihrer sozialen und ideologischen Affinität mit den der SPD zustrebenden Massen, dieser Partei dennoch fern bleibt. Der Grund hierfür liegt nicht allein bei der Exklusivität der überalterten Führerkader, die sich aus Gründen der Selbstbehauptung dem Zustrom frischer Kräfte reflexartig versperren, sondern ebenso bei dem besprochenen Personalmangel, der zum Beispiel in der schwunglosen Führung der öffentlichen Parteiversammlungen fühlbar wird. Kleinbürgerliche Intelligenzler verlassen zumeist enttäuscht diese Versammlungen, und sie sagen sich und mir und anderen: «Hier bleiben wir isoliert, hier fänden wir nur Platz auf verlorenem Posten.» (Gewiß gibt es auch hier Ausnahmen von der Regel.)

Für die CDU, die heute stimmenmäßig «stärkste» der deutschen Parteien, haben alle Feststellungen Geltung, die hier für die Charakterisierung der SPD als «zentristische Massenpartei» getroffen wurden. Die CDU ist ein *Sammelbecken* für: a) den Mittelstand, soweit dieser nicht der SPD zustrebt, also insbesondere den konfessionell gebundenen Mittelstand; b) das durch Kriegsschäden exproprierte, deklassierte Bürgertum, insofern es dem Bewußtwerden seiner effektiven Deklassierung widerstrebt; c) die Landbevölkerung und insbesondere die Bauern, die als ökonomisch privilegierte Schicht von der CDU die Abwehr aller Angriffe auf ihren status quo erwarten (mögen diese Angriffe von «links» oder «rechts» geführt werden); d) das konservative Bürgertum, insofern es seine Stimme nicht der Liberaldemokratischen Partei – LDP – oder andern konservativen Rechtsgruppen gibt; e) die «Entnazifizierten» und die Nationalsozialisten, die glauben, daß sie durch eine Stärkung der CDU die Chancen für eine spätere Reaktivierung der äußersten Rechten vergrößern.

Die Zusammensetzung der CDU-Wählerschaft verrät erstens, daß diese Partei über ein großes Stimmenaufgebot verfügen muß, zweitens, daß sie über Personalmangel nicht zu klagen hat, da ihr die Reserven der gebildeten Deutschen zur Verfügung stehen, und drittens, daß die soziale und politische *Heterogenität* ihrer Wählermassen auch ihre Schwäche ist. In Württemberg droht der CDU zum Beispiel eine *konfessionelle Spaltung* in eine protestantische und eine katholische Partei. Heute gelingt es schon der LDP, aus dieser Spaltungsmöglichkeit Nutzen zu ziehen, indem sie die Protestant

der CDU umwirbt. Gleichzeitig besteht die Gefahr einer *Spaltung* in eine «*Rechte*» und eine vorwiegend jugendliche «*christlichsoziale*» *Linke*. Sollte diese Spaltungsgefahr überwunden werden, so droht ein Teil der Jugend zum «*Schwäbischen Jugendbund*» abzuwandern, der unter  *kommunistischer Führung* steht und auf die Jugend eine starke Anziehungskraft ausübt. Die *Bauern* werden schließlich vom «*Schwäbischen Bauernbund*» umworben, der sich bei der Bauernschaft die Massenbasis für eine rechtskonservative Partei schaffen möchte. Was sich also in der Massenpartei der CDU an der «*Mitte*» ablagert, gerät zugleich in ein *Spannungsfeld*, dessen *Kraftpole* an den «*Extremen*» der äußersten *Rechten* und der äußersten *Linken* liegen. Das gleiche gilt für die «*Ablagerungen*» im Sammelbecken der SPD.

Die *Zentripetalkraft* der «*Mitte*» wird vermutlich ausreichen, die zentralistischen Massenparteien zusammenzuhalten, weil den hier abgelagerten Massen eine innere Dynamik abgeht. Gleichzeitig werden aber die Ausstrahlungen der Kraftpole an den «*Extremen*» intensiver werden, denn hier sammelt sich die Jugend in aktivistischen Kadern, die Jugend, die sich nicht nur erhalten, die morgen auch führen will. Schon heute ist dies unschwer festzustellen: Die «*Führer*» der führerlosen Massenparteien «*regieren*», während sich die Aktivisten anschicken, die führerlosen Massen der «*Mitte*» zu «*kommandieren*».

## VI. Die Kommunisten

Ein führender Funktionär der KPD sagte mir: «Wir könnten eine Massenpartei werden, wenn wir zum Beispiel eine negativistische Politik wie vor 1933 betreiben wollten, aber das wollen wir nicht. Wir geben zu, daß wir von den Massen noch stark isoliert sind, daß unsere Massenbasis auffallend schmal ist, ja, daß die meisten Besucher unserer Versammlungen andern Parteien ihre Wahlstimmen geben. Unsere Parolen sind noch nicht beliebt. Wir lassen uns Zeit, wir bauen unsere Kader auf, wir organisieren die Jugend. Wo immer für eine Arbeit, eine Funktion oder ein Amt zwei gleichermaßen Qualifizierte zur Verfügung sind, da nehmen wir grundsätzlich den Jüngeren.»

Die Wahlergebnisse wurden vielfach als eine «*Niederlage der Kommunisten*» gefeiert, weil man gewohnt ist, die Stärke einer Partei an ihrer Stimmenzahl zu messen. Man übersieht dabei, daß für «*Deutschland im Frühjahr 1946*» dieser Maßstab veraltet ist. In Hessen haben die Kommunisten noch nicht einen Drittels ihrer Wahlstimmen vom Jahre 1933 zurückgewonnen.

Sind sie deshalb dreimal schwächer als im Jahre 1933? Sicher ist, daß die Zahl der aktiven, eingeschriebenen Parteimitglieder in Hessen heute schon größer ist als im Jahre 1933, sie belief sich im April auf etwa 18 000. Seit Januar 1946, also im Zeitraum von drei Monaten, hat hier die KPD die Zahl ihrer aktiven Mitglieder um 80 Prozent erhöht. Das Durchschnittsalter der Mitglieder liegt zwischen 25 und 35 Jahren.

In Südbayern zählte die KPD am 1. November 1945 insgesamt 2700 aktive Mitglieder. Bis zum 1. Januar 1946 stieg die Mitgliederzahl auf 5000. Am 1. Februar 1946 legte die Parteiführung der KPD in diesem Bezirk den alliierten Militärbehörden die Quittungskopien über 7300 Mitgliederbeiträge vor, am 1. März 1946 rechnete sie bereits mit mehr als 9000 aktiven Mitgliedern ab. In Nordbayern zählte die KPD am 1. März 1946 *mehr als das Doppelte an Mitgliedern im Vergleich zum Jahre 1933*, nämlich mehr als 15 000; im Regierungsbezirk Nürnberg, wo es der KPD gelungen ist, die ersten Zellen auf dem Lande zu bilden, hat sie ihre Mitgliederzahl im Vergleich zum Jahre 1933 *verdreifacht*. Ähnliche Ziffern liegen aus dem Rheinland und Ruhrgebiet vor. In Südbayern waren 65 Prozent der jetzigen Parteimitglieder parteilos, 8 Prozent kommen von der SPD, 2 Prozent von früheren Linksparteien. 62 Prozent der jetzigen Parteimitglieder sind Arbeiter, 18 Prozent Hausfrauen und berufstätige Frauen, 10 Prozent Gewerbetreibende, Handwerker und Geschäftsleute, 5 Prozent Angestellte und Beamte, 5 Prozent Intellektuelle.

Während also die Wahlergebnisse einen Niedergang der KPD vorspiegeln, wachsen die aktivistischen Kader der KPD über das Niveau von 1933 hinaus. Und je mehr diese Kader anwachsen und sich entwickeln, desto stärker wird ihr tatsächlicher Einfluß auf die richtungslos hin und her flutenden Massen der «Mitte». Denn allein die Bewältigung der praktischen Tagesfragen verlangt nach jungen, beweglichen, aktiven, opferbereiten und zugleich uneroutinierten Menschen. Die SPD vermag diese Anforderungen nicht zu erfüllen, die KPD hat diese Menschen.

In der Gemeinde Wachenbuchen, Kreis Hanau, ist die KPD die schwächste Partei, aber alle vier Landesparteien wählten einstimmig einen Kommunisten zum Bürgermeister, weil er der aktivste war. Auch in Württemberg wurden in mehreren Orten kommunistische Bürgermeister gewählt, weil die andern Parteien keinen Besseren anzubieten hatten. Die britische Militärregierung setzte in Essen (Ruhr) einen kommunistischen Oberbürgermeister ein, weil sie von ihm erwartet, daß er besser als andere ein gutes Funktionieren der Verwaltung und der Kohlenproduktion gewährleisten wird. Drei Monate lang suchte die Parteileitung der SPD vergebens zwei sozialdemokratische Redak-

teure für die einzige große Zeitung, die in Frankfurt a. M. erscheint (vgl. oben), und während dieser Zeit wurde diese einzige Zeitung der Stadt von einer  *kommunistischen Majorität* redigiert. In einer Maschinenfabrik, die ich besuchte, fand ich, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter der SPD angehörte oder für sie stimmte, daß aber diese SPD-Arbeiter in geheimer Wahl nur 3 Sozialdemokraten und 6 Kommunisten in den Betriebsrat wählten, weil, wie diese Arbeiter sagten, die Kommunisten die tatkräftigeren und erfahreneren Arbeiter waren und das Vertrauen der Belegschaft genossen. «Wenn wir die Kollegen im Betrieb von unserer Unbestechlichkeit überzeugen können», erklärte ein KP-Funktionär auf der letzten Parteikonferenz der KPD in München, «so wird sich das Mißtrauen gegen die Kommunisten von selbst legen, und es wird eine allgemeine Situation entstehen, daß nicht mehr der SP-Mann, KP-Mann oder CSU-Mann gewählt wird, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, sondern die Person, die das größte Vertrauen der Belegschaft besitzt, und das sind in den meisten Fällen unsere Genossen, die Kommunisten.»

Welche Erfolge zu erzielen sind, wenn man über entschlossene, junge, bewegliche Kader verfügt, zeigen die bemerkenswerten Ergebnisse der Betriebsratswahlen, die in 44 Ruhrzechen mit einer Gesamtbelegschaft von etwa 76 000 Arbeitern durchgeführt wurden. (Die Wahlergebnisse wurden im Mitteilungsblatt der Pressestelle des Regierungspräsidenten von Aachen am 9. März 1946 veröffentlicht und bisher kaum beachtet.) Die Ergebnisse dieser Betriebswahlen lehren: 1. Ein Viertel aller Arbeiter enthielt sich der Stimme (Wahlbeteiligung 75 Prozent). 2. Die «zentristischen» Massenparteien der SPD und CDU wurden in Betrieben mit einer Belegschaft von weniger als 1000 Arbeitern von der Kaderpartei der KPD stark überflügelt; im Gegensatz zu den Kommunisten erzielten sie ihre besten Ergebnisse in Betrieben mit einer Belegschaft von mehr als 2000 Arbeitern. 3. Die Kommunisten erhielten in *erheblich mehr* Betrieben die *Majorität*, als es nach den von ihnen erzielten Gesamtstimmen zu erwarten wäre, während die «zentristischen» Massenparteien in *erheblich weniger* Betrieben die *Majorität* erhielten, als es nach den von ihnen erzielten Gesamtstimmen anzunehmen wäre. So erzielte zum Beispiel die SPD in Betrieben mit einer Belegschaft von 1000 bis 2000 Arbeitern 25,5 Prozent der Gesamtstimmen, aber nur in 16 Prozent dieser Betriebe erzielte sie eine *Majorität*. In Betrieben mit einer Belegschaft von weniger als 1000 Arbeitern erzielte die KPD 46 Prozent der Gesamtstimmen, aber in 85 Prozent dieser Betriebe errang sie die *Majorität*. Sucht man zum Vergleich das günstigste Ergebnis für die SPD, das bei Betrieben mit einer Belegschaft von mehr als 2000 Arbeitern liegt, so findet

man, daß die SPD hier 30 Prozent der Gesamtstimmen und auch in 30 Prozent der Betriebe die Majorität erzielte, während die KPD in diesen Betrieben 40 Prozent der Gesamtstimmen und in 54 Prozent der Betriebe die Majorität erlangte. 4. Die Kommunisten gingen aus diesen Wahlen in 64 Prozent aller Betriebe als die stärkste Partei hervor. Sie erhielten 42 Prozent der Gesamtstimmen.

Die Kader setzen sich durch.

## *VII. Die Arbeiter*

Bei den soeben besprochenen Betriebsratswahlen erzielten die beiden Parteien der «Mitte» (SPD und CDU) in Betrieben mit einer Belegschaft von mehr als 2000 Arbeitern zusammen die Hälfte aller abgegebenen Stimmen. Wollten sich also diese Arbeiter dem Einfluß der Kommunisten entziehen oder sich dem Zustandekommen einer kommunistischen Mehrheit widersetzen, so würde sich selbst im «roten» Ruhrgebiet die Möglichkeit einer Koalition der beiden Mittelparteien anbieten. Die Entscheidung in dieser Auseinandersetzung würde dann erst fallen, wenn jenes Viertel aller Arbeiter, das sich der Stimme enthielt, von der einen oder andern Gruppe gewonnen wäre.

Allerdings, diese Überlegung ist nur von akademischem Wert. Politisch bedeutungsvoll ist vielmehr die Tatsache, daß in Betrieben mit einer Belegschaft von 1000 Arbeitern oder weniger die Kommunisten und Sozialisten gemeinsam eine keineswegs überwältigende Mehrheit an Wahlstimmen aufbrachten (58 Prozent). Auch die 25 Prozent Nichtwähler sind weder Kommunisten noch Sozialisten. Die Realität, die jeder sozialistische oder kommunistische Arbeiter, selbst im «roten» Ruhrgebiet, in seinem Betrieb alltäglich *erlebt*, könnte er in diese Worte fassen: Jeder zweite Arbeiter ist weder Kommunist noch Sozialist; er ist nicht auf «unserer Seite»; er kann morgen zum «Instrument der Reaktion» gemacht werden; und es nicht einmal sicher, daß wir dies verhindern könnten, selbst wenn sich Sozialisten und Kommunisten tatsächlich zusammenschließen; jedenfalls wären wir vereint stärker als getrennt; jedenfalls sollten wir uns zusammenschließen.

Und dieses alltägliche Erlebnis im Betrieb führt die Arbeiter der KPD und SPD wirklich zusammen. Die *Fusionsbestrebungen* innerhalb der SPD-Arbeiterschaft werden intensiver. Die Frage der «Einheitspartei» wird mehr und mehr diskutiert. Es fallen auch Stimmen der SPD-Arbeiter den Kommunisten zu. So erklärt sich zum Teil der Erfolg der Kommunisten.

Die SPD-Arbeiter gehören ihrer Partei nicht an, weil sie eine «zentristische» Partei geworden ist, sondern weil sie glauben, daß sie eine «Arbeiterpartei» sei. In der Arbeiterschaft gibt es also noch jene scharfe Trennung von «links» und «rechts», jene Grenzlinie zwischen SPD und CDU, die erst von den kleinbürgerlichen Massen verwischt wurde, als sie beiden Parteien zuströmten. Und so ist der Abstand zwischen den Arbeitern der SPD und der KPD erheblich kleiner als derjenige, der SPD- und CDU-Arbeiter von einander trennt.

Diese elementaren Tatsachen werden oft übersehen. Die in Deutschland und im Ausland verbreiteten irreführenden Informationen über die Schwäche und Bedeutungslosigkeit der Fusionsbestrebungen innerhalb der SPD werden kritiklos geglaubt. Jedoch, schon im Februar 1946 ergab eine von den Amerikanern in ihrer ganzen Zone geheim durchgeführte Befragung von SPD-Anhängern, daß 25 Prozent der Befragten eine Verschmelzung der beiden Parteien (KPD und SPD) befürworteten. Seitdem haben die «Fusionisten» unter den SPD-Anhängern stark zugenommen. Fast sämtliche SPD-Arbeiter und untergeordnete Funktionäre der SPD, mit denen ich mich während meiner Deutschlandreise unterhielt, sagten mir ohne Zaudern: «Die Einigung *muß* kommen, und sie *wird* kommen; oder die Katastrophe von 1933 wird sich wiederholen.»

Auch hier stehen wieder die Wahlergebnisse (Urabstimmung in Berlin) in schroffem Gegensatz zu den in Wahrheit vorherrschenden Meinungen. Und auch dieser Widerspruch bedarf einer Erklärung.

Die gewünschte Erklärung wurde mir im Verlaufe einer mehrstündigen Unterhaltung mit fünf Betriebsratsmitgliedern aus drei benachbarten Fabriken gegeben. Die fünf Arbeiter (4 Sozialisten und 1 Kommunist) hatten sich im Betriebsratsbüro einer der drei Fabriken zufällig zusammengefunden. Die vier Sozialisten erklärten auf meine Fragen, daß sie eine Verschmelzung der KPD und der SPD grundsätzlich befürworten. Daraufhin fragte ich weiter: «Wenn ihr schon die Parteiverschmelzung befürwortet, warum macht ihr nicht den Anfang?»

Einer der sozialistischen Arbeiter sagte: «Wenn es nur um unsere Meinung ginge, so könnte morgen damit begonnen werden. Aber da gibt es Fragen, über die wir Arbeiter ergebnislos diskutieren. Zum Beispiel die Frage der Parteienvertretung in der Leitung der Einheitspartei.»

Ich fragte den Kommunisten nach seiner Meinung, und er sagte: «Ich und meine Genossen in diesem Betrieb, wir befürworten eine proportionelle Parteienvertretung in der Leitung der neuen Partei. Wo die sozialistischen Genossen in der Mehrzahl sind, da sollen sie auch entsprechend stärker in

der Leitung vertreten sein. Es ist ja ganz gleich, ob es Kommunisten oder Sozialdemokraten sind, die in der Leitung der neuen Partei sitzen. Die Aktiven und die Tauglichen und die Genossen, die das Vertrauen der Arbeiter gewinnen, sie setzen sich ja mit der Zeit sowieso durch. Und dann wird man es auch sehen, wer die Tüchtigeren sind.»

Die Sozialisten bestätigten, daß tatsächlich alle Kommunisten dieses Betriebes mit einer proportionellen Vertretung einverstanden seien und daß hier keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunisten und Sozialisten bestünden. Da aber meldete sich einer der Arbeiter aus der benachbarten Fabrik zu Wort. «Bei uns ist es wieder anders», sagte er, «bei uns im Betrieb gibt es nur wenige Kommunisten, und diese wenigen Kommunisten bestehen auf gleich starker Vertretung in der Leitung der neuen Partei. Und solange sie darauf bestehen, solange ist mit uns nicht zu reden. Denn wir sind in der Überzahl.»

Jetzt beteiligte sich auch der dritte Sozialist an der Unterhaltung. «So kommen wir eben nicht weiter», sagte er, «unsere Diskussionen laufen leer, denn die Meinungen sind von Betrieb zu Betrieb verschieden. Hier, in diesem Betrieb, ließe sich die Einheit sofort herstellen, und nebenan wäre dies unmöglich. Und so müssen wir es eben unsern Parteileitungen überlassen, sich zu einigen oder die richtigen Entscheidungen für uns zu treffen.»

«Ihr seid also alle fünf für die Verschmelzung der beiden Parteien?» wiederholte ich meine erste Frage, und nachdem diese Frage ebenso entschieden bejaht worden war wie zuvor, fragte ich weiter: «Und würdet ihr dennoch gegen die Verschmelzung stimmen, wenn die Parteileitung sich gegen die Verschmelzung ausspräche?» – «Das würden wir tun», antworteten die vier Sozialisten. Und einer der vier fügte hinzu: «Wir würden es tun, und wir würden es bedauern, denn es könnte ja sein, daß nicht nur viel kostbare Zeit, sondern auch unser Kampf verloren ginge.»

«Wir wissen eben gar nicht, woran wir sind», erklärte nun der vierte Sozialist, «wir wissen ja nicht, ob zum Beispiel die Nachrichten stimmen, die man uns gibt. Jetzt hören wir, daß es in Thüringen und Sachsen besser geht, aber wie geht es in Polen und in Pommern? Warum arbeiten 60 000 Frauen in Berlin im Baugewerbe? Nur, um ein paar Lebensmittelkarten zu bekommen? Und wer ist dafür verantwortlich, daß diese Frauen auf den Bau müssen – die Russen, die Kommunisten, die Stadtverwaltung? Bis auf den heutigen Tag kam noch niemand aus dem Osten oder aus Berlin, um uns ganz einfach die Wahrheit zu sagen, unbekümmert um alle Politik und Parteien. Und was geschieht in Frankreich, in England, in der Schweiz? Was wollen die Sozialisten in diesen Ländern? Was erwarten sie von uns?»

Wir wissen nichts von all dem. Und deshalb laufen unsere Diskussionen leer. Und deshalb müssen wir zu unserer Parteileitung Vertrauen haben, denn sie weiß mehr als wir. Ich war fünf Jahre lang im Zuchthaus, in Einzelhaft, und ich werde mein ganzes Leben lang gegen meine Feinde kämpfen, gegen die Feinde, die am Zuchthaus des Dritten Reiches Wache standen, weil ich meinen Kindern dieses Elend ersparen will. Aber – was soll ich tun?»

Diese letzte Frage war nicht nur an mich, sie war an uns alle gerichtet. Und auch der Kommunist sprach nicht in die lange Pause hinein, die nach dieser Frage eintrat. — Ich verstand, warum die Wahlergebnisse mit den Meinungen dieser Arbeiter so wenig zu tun haben.

Auch in der Frage der Parteienverschmelzung ist also den Kommunisten die Initiative in die Hand gegeben. Und sie umwerben mit wachsendem Erfolg die sozialistischen Arbeiter, die eigentlich gar nicht zu überzeugen, sondern nur umzustimmen und zu aktivieren sind. Die Parteileitung der SPD wird gleichzeitig in die Verteidigung gedrängt, und sie gerät in eine gefährliche Lage, je mehr die Zahl der entschiedenen «Fusionisten» anwächst. In Düsseldorf, in Wuppertal und in anderen Orten halten beide Parteien gemeinsame Mitgliederversammlungen und Funktionärberatungen ab, und auch in den Regierungsbezirken Augsburg und Nürnberg ist es an einigen Orten zu einer praktischen Aktionsgemeinschaft beider Parteien gekommen. Beide Parteien haben hier auf Wunsch der Sozialisten gemeinsam beschlossen, daß diese Aktionsgemeinschaft vorläufig verschwiegen werden soll. In allen Betrieben, die ich besuchte oder von denen ich hörte, arbeiten Sozialisten und Kommunisten in Betriebsräten und Gewerkschaften kameradschaftlich zusammen. (Die Konfliktsstoffe liegen eben nicht bei den Arbeitern und *ihren* unmittelbaren Interessen, sondern bei den Parteien und jenen Interessen, die sich dieser Parteien bedienen. Letzten Endes wird aber dieser Interessenkampf den Kommunisten zugute kommen, es sei denn, daß die Einsätze in diesem noch ungleichen Spiel von *beiden* Weltmächten gesteigert werden.)

Hinzu kommt, daß der Aufbau der Betriebsräte und Gewerkschaften Aufgaben stellt, die die Sozialisten und Kommunisten zu gemeinsamer Arbeit verbinden. Es versteht sich, daß diese Aufgaben nicht leicht zu lösen sind, denn außer den prohibitiven Vorschriften der Militärregierung gibt es keine Gesetze, die die Ordnung und die Befugnisse der Gewerkschaften oder der Betriebsräte regelten. Es muß hier kurz auf diese Schwierigkeiten hingewiesen werden.

In der amerikanischen Zone haben sich *zwei Typen von Gewerkschaften* herausgebildet. In Frankfurt am Main entstanden 14 Industriegruppen, die

sich, bei Wahrung ihrer Selbständigkeit, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) als Dachorganisation angeschlossen haben. Ihre Zugehörigkeit zum FDGB ermöglicht es ihnen, nicht nur für die Arbeitnehmer jedes Produktionszweiges, sondern für die Angehörigen aller Industriegruppen gleichlautende Satzungen auszuarbeiten und die gleichen Mitgliederbeiträge festzusetzen. In anderen Orten (zum Beispiel in Wiesbaden, Offenbach und Kassel) entstanden sogenannte «*Einheitsgewerkschaften*», die sämtliche Arbeitnehmer ohne Unterschied organisieren und diese ihren Berufsgruppen zuweisen. Diese Berufsgruppen erlangen der zentralen Leitung gegenüber keine Selbständigkeit. Während die unabhängigen gewerkschaftlichen Industriegruppen in den meisten Fällen sozialdemokratischer Führung unterstehen, liegt die Leitung der «*Einheitsgewerkschaften*» zumeist in den Händen der Kommunisten. Dadurch wird eine sachliche Klärung der gewerkschaftlichen Organisationsfragen insofern erschwert, als jede Äußerung zu diesen Fragen als eine parteipolitische Stellungnahme aufgefaßt werden kann (und wird). In der französischen Zone wurde die Bildung von «*Einheitsgewerkschaften*» und auch von «*Dachorganisationen*» von der Militärregierung verboten, weil einer Politisierung der Gewerkschaften mit allen Mitteln vorgebeugt werden soll.

In beiden Besetzungszonen sind die Gewerkschaften bisher nur örtlich zugelassen (sie werden im allgemeinen nach Arbeitsamtbezirken aufgebaut). Streiks sind verboten. In der französischen Zone dürfen Tarifverträge zwischen den Gewerkschaften und einzelnen Unternehmern (Unternehmerverbände sind nicht zugelassen) sowie zwischen den Gewerkschaften und deutschen Verwaltungsbehörden abgeschlossen werden; in der amerikanischen Zone ist dies den Gewerkschaften untersagt. Der Wirrwarr der Vorschriften und vor allem die Tatsache, daß die Gewerkschaften ihrer traditionellen Waffen beraubt sind, hält die Mehrzahl der Arbeiter den Gewerkschaften fern. Nur die gewerkschaftstreuen Alten kehren zu ihnen zurück, gefolgt von der Minderheit der jungen Aktivisten, die in den Gewerkschaften ein nützliches Instrument für die Förderung der Fusionstendenzen sehen (in Frankfurt insgesamt 47 000).

Eine um so wichtigere Rolle spielen die Gewerkschaften als Verbindungsglied zwischen den Betriebsräten der einzelnen Betriebe, da zwischenbetriebliche Betriebsratsversammlungen genehmigungspflichtig sind und von den Besatzungsbehörden nur ungern zugelassen werden. Und so findet man in den meisten Betriebsräten Vertrauensleute der Gewerkschaften, denen es in ihrer doppelten Funktion möglich ist, auf durchaus legalem Wege die betriebliche Isolation zu durchbrechen. Dank der Intervention dieser Ver-

trauensleute können auch die betriebsrätslichen Aktionen einigermaßen koordiniert werden.

Die Betriebsräte, die sich, je nach Bedarf, zwei- bis viermal im Monat zu Beratungen während der Arbeitszeit versammeln, haben im allgemeinen folgende Befugnisse: a) Der Betriebsrat kann sich der Neueinstellung von Arbeitskräften widersetzen, wenn es sich bei diesen Arbeitern um «politisch Kompromittierte» handelt. Besteht die Fabrikleitung dennoch darauf, diese Arbeiter einzustellen, so entscheidet die Belegschaft durch offene oder geheime Abstimmung während der Arbeitszeit. b) Der Betriebsrat hat das Recht, seine Meinung darüber zu äußern, ob größere Aufträge angenommen oder abgelehnt werden sollen, und in diesen Fällen zu untersuchen, ob die finanziellen Sicherstellungen sowie die Rohstoffzuteilungen ausreichen, und schließlich, ob die Produktion der bestellten Ware im Interesse der Allgemeinheit liegt. Bei Aufträgen der Militärregierung wird der Betriebsrat nicht befragt. c) Der Betriebsrat hat ein Mitspracherecht bei der Festsetzung der Arbeitszeit; er kontrolliert die Betriebskantine; er hat ein Mitverfügungsrecht bei der Verwendung der Unterstützungskasse und ein Antragsrecht in Fragen der «Entnazifizierung». Die amerikanische Militärregierung schreibt eine dreimonatliche Neuwahl der Betriebsräte vor, jedoch wird diese Vorschrift möglichst umgangen, da ein ständiger Personalwechsel in den Betriebsräten deren ohnehin schwaches und so junges Leben völlig auszulöschen drohte.

Zu den Zukunftsaufgaben bzw. Forderungen der Betriebsräte und Gewerkschaften zählen vor allem diese: die Schaffung eines neuen Betriebsrätegesetzes, die Vereinheitlichung der Sozialversicherung, die Statuierung der Gleichberechtigung der Arbeitnehmervertretungen in allen betrieblichen Personal-, Finanz- und Produktionsfragen sowie der Umbau der Industrie- und Handelskammern zu beratenden Körperschaften, für die die Gewerkschaften mindestens die Hälfte aller Interessenvertreter zu stellen hätten.

Gemessen an den Zugeständnissen, die den deutschen Arbeitern bisher von den Besatzungsmächten gemacht wurden, wirken diese Forderungen und Erwartungen außerordentlich hoch. Was berechtigt die deutschen Arbeiter zu der Hoffnung, daß sich ihre Erwartungen erfüllen werden?

## *VIII. Bildung eines illegalen Rechtsblocks?*

In der amerikanischen Zone schafft die mit bürokratischem Schematismus durchgeführte «Entnazifizierung» eine große Masse von gewaltsam sozial

und ökonomisch Deklassierten, eine Masse ähnlich jener, die als erste das Material für die SA Hitlers hergab. Auch diese Menschen sehen alle Möglichkeiten eines «standesgemäßen» Lebens blockiert. Sie werden in die Opposition gedrängt. Sie gehen, wenn sie jung sind, bis ans äußerste Extrem der Rechten. Die Älteren schließen unter dem *Zwang* der Verhältnisse ein *Bündnis* mit den jungen Aktivisten.

In der französischen Zone wird bekanntlich die «Entnazifizierung» nicht so ernst genommen. Die Gründe sind wenig bekannt. Frankreich steht vor der Frage, ob es zum Beispiel die reicheren Bauern schonungslos «entnazifizieren» und die eigenen Besatzungstruppen, die aus den Erträgnissen der Zone ernährt werden müssen, auf Hungerrationen setzen oder ob es die Ernährung seiner Soldaten sichern und nur dort «entnazifizieren» will, wo dies die eigenen Interessen nicht schädigt. Und zu diesen Interessen zählt für ein Land, das selbst an den Folgen des Krieges leidet, ein möglichst normales Funktionieren der deutschen Wirtschaft und Verwaltung. Das bedeutet zugleich, daß hier der politischen Rechten ein relativ weiter Spielraum gelassen wird, und daß ihr nicht schwerfällt, sich an manchen verschonten Zentren nationalistischer oder neo-nazistischer Resistenz neu zu gruppieren. Hier kommt es zu einem *Zweckbündnis* der «Konservativen» mit den jungen Extremisten.

Es fragt sich, welche Politik zweckmäßiger ist, die amerikanische oder die französische. Jede voreilige Verurteilung ist billig. In Bayern bleiben zum Beispiel mehr als 200 000 Kinder ohne Schulunterricht, weil nach der «Entnazifizierung» 7102 Lehrkräfte fehlen; 800 000 Kinder werden nur mangelhaft unterrichtet, weil auf jeden Lehrer 84 Schüler kommen. In der französischen Zone gehen alle Kinder in die Schule, weil man die meisten Lehrer in ihren Ämtern belassen hat. Die französischen Behörden, die darum besorgt sind, daß die deutschen Kinder nicht verwildern, vertrauen darauf, daß die politisch zweifelhaften Lehrer um ihre Existenz bangen und folglich bemüht sind, ihre politischen Meinungen für sich zu behalten. Werden sie es tun? Welche Politik ist die «richtige»?

Es mag sein, daß in der französischen Zone nur eher sichtbar wird, was auch in der amerikanischen Zone, obgleich unsichtbar, vorhanden ist: eine Schar von Enterbten, von Ausgestoßenen, die sich allmählich wieder zusammenfindet und danach trachtet, ihr Selbstbewußtsein zurückzugewinnen. Und es ist wohl für die politische Lage bezeichnend, daß diese Leute schon mutig werden. Hier einige Beispiele: In einem süddeutschen Dorf sagte mir ein Bauer, von dem ich weiß, daß er während des Krieges alliierte Piloten in seinem Wohnhaus versteckte: «Unser neuer Bürgermeister, der in den

letzten Kriegsjahren nationalsozialistische Reden hielt, und einer unserer beiden Lehrer, ein ehemaliger Nationalsozialist, und auch die jungen Leute, die als erste aus der Gefangenschaft zurückgekehrt sind, sie alle versuchen, uns „Antinazi“ zu kommandieren; gerade wir sollen zum Beispiel die Panzergräben zuschütten, die von den Nazi ausgehoben wurden.» Als ich fragte, ob sich die Antifaschisten dem nicht widersetzen, sagte der Bauer: «Unsere Parteien sind hier auf dem Land noch sehr jung, und die meisten Leute wollen ihre Ruhe haben. Ich habe unsern Bürgermeister einmal aufgefordert, die Gemeindeämter mit aufrechten Antifaschisten zu besetzen. Antifaschisten? – entgegnete er – es sei noch nicht gesagt, daß sie die Besseren seien. Und so läßt man die jungen Offiziere gewähren, die auf dem Lande Zuflucht finden und immer beisammenstehen und leise miteinander reden. Wenn ich mich ihnen nähere, so verstummen auch ihre leise geführten Gespräche.»

In einem andern Dorf hörte ich Ähnliches: Hier sind, hieß es, die reichen Bauern dem Nationalsozialismus treu geblieben; einige von ihnen wurden verhaftet, aber bald wieder freigelassen; man sagt, daß diese Bauern von der Geheimpolizei überwacht würden; aber die Offiziere der Militärregierung würden bei ihren Besuchen mit Schinken und Zigarren und Wein und Denunziationen reich bewirtet, so daß sie mit der Zeit nur wenig Verständnis für die Nachrichten aufbrächten, die besagten, daß auffällig viele junge deutsche Offiziere zu den Bauern kämen; gewiß könne man nicht wissen, ob diese jungen Offiziere etwas organisierten, es könne auch sein, daß sie sich nur ihre Fronterlebnisse erzählten, daß sie Wein tranken und lachten. In der benachbarten Stadt hörte ich jedoch sagen: «Wenn man sich satt essen will, so muß man hamstern gehen, und am besten sagt man den Bauern, man sei ein unglücklicher Pg., der entnazifiziert wurde, dann bekommt man alles, was man will. Man sage nur ja nicht, man sei Antifaschist und man komme aus dem KZ, dann bekommt man gar nichts, und man kann sich nicht satt essen.» – In der gleichen Stadt hatte ein bekannter Mann einen Artikel in die Zeitung gesetzt und darin erklärt, daß die Entnazifizierung in den meisten Fällen ungerecht sei. Der Artikelschreiber wurde in den darauffolgenden Tagen mit Hunderten von Dankbriefen und Wurst- und Butterpaketen förmlich überschüttet. Jedoch der Leiter des Arbeitsamtes und ein Professor, die beide öffentlich gefordert hatten, man müsse mit den Nationalsozialisten kurzen Prozeß machen, sie erhielten keine Butterpakte, sondern anonyme Briefe, in denen sie mit dem Tode bedroht wurden, und die Fensterscheiben ihrer Wohnungen wurden eingeschlagen, und Unbekannte drangen in die Kellerräume ihrer Häuser ein und zertrümmerten, was sie dort vorfanden, und an den Haustüren dieser Anti-

faschisten klebten eines Morgens Drohplakate. Als ich diese Stadt besuchte, gab mir einer der Redakteure der deutschen Zeitung einen Artikel zu lesen, den er selbst geschrieben hatte und in dem er mit vorsichtigen Worten die Entnazifizierung befürwortete. Nachdem ich diesen recht unkämpferischen Artikel gelesen hatte, sagte der Redakteur: «Ich wage diesen Artikel nicht mit meinem Namen zu zeichnen. Sie haben mir mein Türschild schon entzweigeschlagen.» Nach diesem Erlebnis fragte ich die Redakteure einer Zeitung, die in einer andern, weit entlegenen Stadt erscheint, ob auch sie Drohbriefe erhalten hätten. Mit einem verlegenen Lächeln bejahten sie meine Frage.

Schon während meiner Deutschlandreise hatte ich Gelegenheit, in der «Weltwoche» über die Instruktionen zu berichten, die der «Stellvertreter des Führers», Martin Bormann, am 4. Mai 1945 erlassen haben soll und die von den Burschen des «*Politischen Werwolfs*», die nach der militärischen Niederlage noch eine Zeitlang von ihren Offizieren in vorbereiteten Verstecken «weltanschaulich bearbeitet» wurden, in Zukunft befolgt werden sollen. Diese Instruktionen verlangen von den jungen «Werwölfen», daß sie in *christlichen Jugendorganisationen* Zuflucht suchen und sich mit einem unverbindlichen Bekenntnis zum Christentum drapieren, gleichzeitig aber auch «christlich-kommunistische» Parolen ausstreuen, die dazu dienen sollen, die den Kommunisten zustrebende Hitlerjugend abzufangen und sie im Schoße religiöser Gemeinschaften um die «Werwölfe» zu gruppieren. Wie ernst diese phantastisch anmutenden Pläne zu nehmen sind, zeigt die Tatsache, daß die französischen Militärbehörden kurz vor Ostern 1946 eine christliche Jugendorganisation entdeckten, deren siebzehn- und achtzehnjährige Mitglieder des Sonntags in den Schwarzwald wanderten, um dort das Schießen mit leichten Schußwaffen zu üben. Auch an den *Universitäten* bilden sich allmählich nationalistische und neo-nazistische Widerstandszentren, deren Bedeutung weniger in der Organisierung der politischen Rechten als in deren Dotierung mit aktivistischen «Intelligenzlern» zu liegen scheint. (Über die Bildung dieser Widerstandszentren wird ausführlich in einem Beitrag berichtet, der gleichzeitig mit dieser Studie in der «*Neuen Schweizer Rundschau*» erscheint.) In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle bemerkenswert, die *Ernst Jünger* – ob ungewollt oder gewollt – durch den heimlichen Druck und die heimliche Verbreitung seiner Schrift «*Der Friede*» zu spielen beginnt, einer Schrift, in der nur ahnungslose Literaten nicht entdecken wollen, was in gewissen deutschen Studentenkreisen ohne weiteres erkannt und begrüßt wird: der grobe und zugleich raffinierte, weil in Halbwahrheiten und in ein unverbindliches christliches

Glaubensbekenntnis verhüllte Versuch, einen auf europäisch maskierten Nationalsozialismus ideologisch zu fundieren.

Die Tatsache, daß die «politischen Werwölfe» die in der politischen «Mitte» gelegenen christlichen Jugendorganisationen durchsetzen sollen und anscheinend tatsächlich durchsetzen, zeigt deutlich, daß sich die Vorgänge an der politischen «Rechten» und an der politischen «Linken» wie Bild und Spiegelbild zueinander verhalten: hier und dort wirken die extremistischen Kader mit wachsender Kraft auf die amorphen Massen ein, die sich, dem Trägheitsgesetz folgend, um eine «Mitte» absetzten.

Es bleibt die Frage zu beantworten, welche konkreten politischen *Ziele* es sind oder sein werden, die die extremistischen Kader der «Rechten» und der «Linken» zu erreichen hoffen, und in welcher *Hoffnung* diese Jugend zu kämpfen bereit ist.

## *IX. Aktionsgemeinschaft der Extremisten?*

Diese Studie ist mit der Feststellung eröffnet worden, daß in Deutschland der Zerfall des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens ein totaler ist. Für diesen totalen Zerfall wurden ökonomische Ursachen angeführt. Die Meinungen deutscher Industrieller über die heutige Wirtschaftslage und die industriellen Wiederaufbau-Chancen berechtigten zu der Frage, ob das System der industriellen Privatwirtschaft bereits zusammengebrochen sei. Es wurde aber auf den ersten Seiten auch ausgesprochen, daß die *Prozesse*, die es hier zu untersuchen gilt, nur vorläufig als «Zerfall» gekennzeichnet werden sollten, da jeder Zerfall auch Kräfte freisetzt, die ihm selbst entgegenwirken. Es zeigt sich nun, daß diese Studie mit Ausnahme der ökonomischen Betrachtungen, die sich an eine erschreckend ungünstige Zwischenbilanz anknüpften, weniger von bloßem «Zerfall» und vielmehr von Umgruppierungen politischer Kräfte und dergleichen handelte. Jetzt wird sogar die Frage gestellt, wie sich dieses Neue wohl entwickeln möchte.

Es ist auch gesagt worden, daß der strukturelle Zersetzungssprozeß, der allem Anschein nach das traditionelle Wirtschaftssystem in Deutschland ergriffen hat, die westlichen Zonen allmählich in ein ökonomisches Niemandsland verwandelt, in ein Land, das brach liegt und darauf wartet, wieder bewirtschaftet zu werden. Während hier nun von Seiten der westlichen Großmächte nur wenig oder fast gar keine Anstalten gemacht werden, eine *neue Wirtschaft* aufzubauen, die in ihrer *Struktur* den gewaltigen sozialen

und politischen Umschichtungen gewachsen wäre, kommen vom *Osten* die ersten optimistischen Nachrichten über einen angeblichen wirtschaftlichen Wieder- und Neuaufbau im russisch-besetzten Sachsen und Thüringen. Dort soll, wie mir zahlreiche Reisende aus der Ostzone übereinstimmend berichteten, die Demontage großindustrieller Anlagen, die für die Versorgung der Bevölkerung entbehrlich sind, seit Ende März von neuem eingesetzt haben, jedoch soll gleichzeitig der Wiederaufbau der Konsumgüterindustrie ener- gisch betrieben werden. So sollen hier schon Schuhe aus den Erfurter Fa- briken, Teller und Tassen und Haushaltungsgegenstände an die Bevölkerung verkauft werden. Die Verhaftungen haben angeblich aufgehört, die Sozialisten seien freiwillig zur Mitarbeit am Aufbau bereit, und selbst den bürgerlichen Kreisen sollen gewisse Freiheiten gegeben werden. Wie dem auch sei, diese Nachrichten kommen ins westliche Reich, sie tun ihre Wirkung, und sie bereiten, wie ich selbst feststellen konnte, einen Stimmungswandel zugunsten der Russen vor. Und die Wirkung dieser Nachrichten wird sich verstärken, denn die zuverlässigsten Berichte, die aus der Ostzone in Paris und London vorliegen, bestätigen im großen und ganzen die in Deutschland zirkulieren- den Neuigkeiten über die «doppelte Politik» der Russen.

Die Profiteure dieser «doppelten Politik» sind ohne Zweifel die deut- schen Kommunisten, die bekanntlich nationalistische Töne anschlagen. In einer Resolution der Parteikonferenz der KPD in Berlin vom 3. März 1946 heißt es: «Das nationale Interesse erfordert den geschlossenen Kampf gegen jene reaktionären Gruppen, die unter der Losung des Föderalismus den Separatismus herbeiführen wollen oder gar bereit sind, das *Ruhrgebiet* preiszugeben, ohne welches Deutschland nicht leben kann... auch darin einig, daß *Berlin die Hauptstadt Deutschlands war, ist und bleibt*, und daß alle Bestrebungen, andere deutsche Städte zur Hauptstadt zu machen, auf eine Sprengung der *Einheit Deutschlands* hinauslaufen...» Auf dem Ge- werkschaftskongreß erklärte Walter Ulbricht: «Das *Ruhrgebiet muß deutsch bleiben*, weil Deutschland ohne das Ruhrgebiet nur ein Rumpf wäre», und ein Sprecher auf der Landeskonferenz der KPD Bayerns fügte Ende Februar diesem Zitat die Worte hinzu: «Ich frage: Welche Partei vertritt diese ein- deutige und klare Auffassung wie wir Kommunisten? Die heutige Konferenz bestätigt das, wir sind die Partei der Zukunft.» Auf der gleichen Landes- konferenz wurde eine *Änderung des Programms der KPD-Bayern* gut- geheißen, die auch auf einem Parteitag der Deutschnationalen mit Begei- sterung begrüßt worden wäre. An Stelle des Satzes: «Die KP setzt sich ein für die Errichtung einer deutschen, demokratischen, parlamentarischen Re- publik bei voller Entfaltung des Eigenlebens der Bundesländer auf födera-

tiver Grundlage» wurde ins offizielle Parteiprogramm folgender Satz aufgenommen: «Die KP setzt sich ein für die Errichtung einer deutschen demokratischen Republik bei voller Entfaltung der demokratischen Verwaltung von unten her.» Das Attribut «parlamentarisch» sowie die Worte «bei voller Entfaltung der Bundesländer auf föderativer Grundlage» wurden gestrichen. Indessen fordert die neugegründete «Sozialistische Einheitspartei» in ihrem Programm «die innere und äußere Unabhängigkeit Deutschlands». Werden die halbe Wendung der russischen Deutschlandpolitik und die nationalistischen Parolen der deutschen Kommunisten von den rechtsradikalen Nationalisten registriert?

Zunächst hielt man Russen und Kommunisten entgegen, daß sie sich über den «Raub deutschen Gebietes im Osten» ausschweigen. Man sagte ihnen, daß dieses Schweigen verdächtig sei und daß es den Wert ihrer Beleidigungen sehr herabmindere. Nun hörte ich aber während meiner Deutschlandreise folgenden Ausspruch: «Ich werde mich nicht wundern, und es wird mich auch nicht überraschen, wenn die Russen eines Tages ganz Schlesien von den Polen befreien, um es Deutschland zurückzugeben.» Es war kein Kommunist, sondern ein gut bürgerlicher Journalist, der mir dies am 11. April 1946 sagte. Fünf Tage später, am 16. April, berichtete René Lauret, Korrespondent der Pariser Zeitung «Le Monde» (früher «Temps»), aus Berlin, daß ihm der zur «Sozialistischen Einheitspartei» übergetretene ehemalige Vizepräsident der SPD, Fechner, im Laufe eines Gesprächs erklärt habe: «Es heißt, daß Deutschlands Westgrenzen revidiert werden sollen, nachdem Deutschlands Ostgrenzen revidiert worden sind. Das ist falsch. Die Vorschläge der Potsdamer Konferenz bezüglich der Ostgrenzen Deutschlands sind nur ein Projekt, und wir haben gute Gründe, anzunehmen, daß die jetzigen deutschen Ostgrenzen nicht endgültig sind. Glauben Sie mir: Rußland interessiert sich viel stärker für Deutschland als für Polen.»

Und nun horchen die rechtsradikalen Nationalisten in Deutschland allerdings auf. Da sind Leute, die von Ernst Niekisch sagen, daß er stets für eine an die Tradition der Politik v. Seekts anknüpfende Bündnispolitik mit Rußland eintrat und daß er in den Kriegsjahren nur in diesem einzigen Punkt mit Hitler uneinig war. Ernst Niekisch befindet sich heute in Berlin, er steht, wie mir einer seiner besten Freunde in Deutschland sagte, den Russen bedingungslos zur Verfügung; er ist Mitglied der «Sozialistischen Einheitspartei». Und da sind junge «Werwölfe», die (wie ein «Werwolf» in meiner Anwesenheit sagte) die Kommunisten als die einzigen ernst zu nehmenden Aktivisten zu schätzen gelernt haben, «weil sie die einzigen sind, die mit bewunderungswürdiger Kraft um die Macht kämpften». Mit ihnen

vermöchten die «Werwölfe» am ehesten eine Kampfgemeinschaft einzugehen. Und da sind schließlich die *Militaristen*, die trotz genauer Kenntnis der das Gegenteil beweisenden Tatsachen die *Sage von der «unbesiegten Wehrmacht»* verbreiten, «die den Krieg gewonnen hätte, wenn der *Gefreite* (Hitler) die *Generäle* nicht behindert hätte.» Diese sagenhafte Aufwertung der deutschen Generalität erhöht den *Wert des Angebotes*, das heute noch freibleibend gemacht wird, jedoch schon mit dem Unterton der Gewißheit, daß diese deutsche Ware wieder verkäuflich sei. Und da ist der «*einfache Mann*», der ratlos im «ökonomischen Niemandsland» herumirrt und bei Gelegenheit an die Redaktion einer deutschen Zeitung schreibt: «Ich komme aus der Gefangenschaft zurück, ich bin ausgebombt und habe alles verloren; ich finde keine Arbeit, und die Aussichten sind trübe; und wenn, wie ich höre, die Russen für mich Arbeit haben, *wer kann es mir verübeln, daß ich zu den Russen gehe?*»

Das von Gräbern durchzogene, vom Krieg verschüttete Niemandsland verwandelt sich allmählich trotz Russenhaß und Russenangst in ein Aufmarschfeld für alle Kräfte, die nicht unbedingt zum «Westen» stehen. Die inneren Voraussetzungen für eine Aktionsgemeinschaft der Extremisten und für die politische Eroberung Deutschlands durch Sowjetrußland sind gegeben.

## X. *Die Alternative*

Am 20. April 1945 verließ Oskar Kalbfell die süddeutsche Stadt, in der er beheimatet ist, und fuhr in großer Eile den französischen Truppen entgegen, um ihrem Kommandanten die Schlüssel der Stadt zu übergeben. Bevor er sich zu dieser Tat entschloß, hatte er insgeheim mit einigen Helfershelfern eine antifaschistische Stadtverwaltung organisiert und für das Gelingen seines Planes auch Sicherungsmaßnahmen getroffen. Als er mit den Franzosen vor der Stadt ins Gespräch kam, erfuhr er von ihnen, daß dreihundert schwere Bomber unterwegs waren, um seine Heimatstadt zu vernichten. Die Bomber konnten im letzten Augenblick durch einen Funkruf abgelenkt werden. Oskar Kalbfell rettete seine Stadt.

Daraufhin kehrte Kalbfell in die Stadt zurück und versammelte die Fabrikbesitzer. Er sagte ihnen: «Meine Herren, ich habe Ihre Fabriken gerettet. Ihre Fabriken ständen jetzt in Flammen, wenn ich nicht rechtzeitig eingegriffen hätte. Ich brauche drei Millionen Mark, und Sie werden mir dieses Geld geben. Denn wir haben in unserer Stadt mehr als tausend

ausgebombte Familien, die alles verloren haben. Und wir haben fast 400 Krüppel, Arm- und Beinamputierte, die Prothesen brauchen.»

Die Fabrikbesitzer gaben Oskar Kalbfell sofort eine Million. Später sammelte Kalbfell weitere 2,3 Millionen Mark hinzu, und er ließ in den Fabriken der Stadt 500 komplette Wohnungseinrichtungen bauen und fast 400 Prothesen herstellen, und er bezahlte diese Wohnungseinrichtungen und Prothesen mit dem Geld, das er von den Fabrikbesitzern erhalten hatte. Und so bekamen zunächst 500 Familien 500 Kücheneinrichtungen, 500 Schlafzimmer- und ebenso viele Wohnzimmereinrichtungen, und die Krüppel bekamen ihre Prothesen, und weder die Krüppel noch die Ausgebombten mußten dafür bezahlen, die Wohnungseinrichtungen und die Prothesen waren Geschenke der Stadt.

Oskar Kalbfell wurde Oberbürgermeister. Er organisierte die Verwaltung und gab den Vertretern aller politischen Meinungen oder Parteien ein Amt, für das sie verantwortlich waren.

Oskar Kalbfell ist Sozialist, und er ist zudem ein kultivierter Geschäftsmann. Ich hoffe, ihn nicht zu beleidigen, wenn ich sage: Früher war er gewiß in erster Linie Geschäftsmann und in zweiter Linie Sozialist. Heute, und zwar seit die Militärregierung die besten Maschinen aus den Fabriken der Stadt herausholen ließ und Tausende von Arbeitern brotlos machte, und seit auch die Geschäfte unter dem Elend leiden, das sich ausbreitet, – heute ist Oskar Kalbfell in erster Linie Sozialist und erst in zweiter Linie Geschäftsmann. Und auch das hat sein Ansehen noch vergrößert, denn er hat nicht nur die Stadt vor dem Untergang gerettet, er hat ihr auch, soweit es überhaupt menschenmöglich war, neues Leben eingeflößt.

Und in seiner Stadt fand ich die einzige dissidente Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands. Der kommunistische Parteichef des Stadt- und Landkreises hält eine Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien für «ungesund». Er lehnt die Fusionspropaganda seiner eigenen Partei ab. Als ich ihm nach einer zweistündigen Unterhaltung sagte: «Wenn ich Sie recht verstehe, betreiben Sie eine Politik, die den Instruktionen des Zentralkomitees Ihrer Partei zuwiderläuft, wissen Sie das?», da antwortete er: «Jawohl, ich weiß es, *ich kann nicht anders.*» —

Die Deutschen in den westlichen Zonen stehen noch nicht unter Zugzwang. Wie es scheint, ist die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten offen. Allerdings, die Deutschen, sie werden nicht zu wählen haben. Die Alternative, vor die sie gestellt sind, ist kein *deutsches* Problem, sie ist das Problem unseres Jahrhunderts.

## Anhang

### Eine deutsche Stadt in Zahlen

**Reutlingen** (Württemberg), Industriestadt (Textilien, Maschinenbau, Leder).

**Bevölkerung** (laut Zählung vom 26. Januar 1946):

Stadt ohne Eingemeindungen:	rund 34 000 Einwohner
Stadt mit Eingemeindungen:	rund 66 000 Einwohner

**Kriegsschäden:**

Insgesamt (3 Fliegerangriffe): rund 125 Millionen Reichsmark. Im Stadtkreis konnten bisher von 385 totalgeschädigten Gebäuden 10 wiederhergestellt werden, von 141 schwerbeschädigten 17. Insgesamt konnten von 4006 Schadenstellen im Stadtkreis bisher 427 endgültig reguliert werden.

**Finanzen:**

Die *Kriegsausgaben* der Stadt (Kriegsbeiträge ans Reich sowie Ausgaben für Luftschutz) beliefen sich in den sechs Kriegsjahren auf 15 Millionen Reichsmark = 50 % des gesamten *Steueraufkommens*. Die *Rücklagen* bestehen zu 90 % aus *Reichsschatzanweisungen*, der Gesamtbetrag beläuft sich (1945) auf 4 855 008 RM. Während 1941 die Steuereinnahmen noch 5,4 Millionen Reichsmark, im Jahre 1944 noch 4,9 Millionen Reichsmark betrugen, beliefen sich die Steuereingänge vom 1. April 1945 bis 3. Dezember 1945 auf knapp 1,2 Millionen Reichsmark.

**Transportlage:**

Heute stehen im Landkreis wieder 1000 Fahrzeuge zur Verfügung (am 8. August 1945 waren es 142 Lastautos). Diese mußten wie folgt eingesetzt werden: 60 % für Lebensmitteltransporte, 25 % für Brennmaterialtransporte, 15 % für lebenswichtige Transporte im Dienste der Industrie.

Die Treibstoffanforderungen konnten nur zu folgenden Prozentsätzen befriedigt werden: Tankholz 70 %, Benzin 20 %, Dieselöl 20 %, Motorenöl 30 %.

**Bevölkerungspolitische Kriegsschäden:**

Altersaufbau der Bevölkerung im Herbst 1945:

Alter	männlich	weiblich	Verhältnis etwa
19—25 Jahre	950	6385	1 : 7
26—30 Jahre	627	3460	1 : 5
31—35 Jahre	1239	5644	1 : 5
36—40 Jahre	1753	5896	1 : 3,5
41—45 Jahre	2181	4932	1 : 2

Altersaufbau am 26. Januar 1946 (Stadt):

Alter	männlich	weiblich
19—50 Jahre	9395 <sup>1</sup>	17 710

<sup>1</sup> davon 2253 *Kriegsbeschädigte*, und zwar:

Beinamputierte	283
Armamputierte	103
Hirnverletzte	149
Versteifungen, Lähmungen	1195
<i>Gefallene und Vermißte</i> etwa	7300
Kriegswitwen	7177
Kriegswitwer	1649